

Geht per Mail an: gever@bag.admin.ch
transplantation@bag.admin.ch

4.12.2019

Vernehmlassung: Eidgenössische Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten» und indirekter Gegenvorschlag (Änderung des Transplantationsgesetzes)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

Aus Sicht der BDP muss die Organspenderrate erhöht werden, damit Leben gerettet werden können. Die Frage ist, mit welchem Weg das Ziel am besten erreicht werden kann. Für die BDP ist fraglich, ob der im indirekten Gegenvorschlag skizzierte Weg der erweiterten Widerspruchslösung wirklich der zielführendste ist.

Es ist unbestritten, dass die Schweiz mehr Organspender braucht. Der Blick über die Landesgrenzen hinaus zeigt, dass eine Widerspruchslösung die Verfügbarkeit von Spendeorganen erhöht.

Die Frage ist demnach nun nicht, ob es Massnahmen braucht, um die Organspenderrate zu erhöhen, sondern nur, welcher Weg der zielführendste ist.

Grundsätzlich ist es begrüßenswert, wenn eine Lösung auf Gesetzesebene angestrebt wird. Der Bundesrat hat den Handlungsbedarf erkannt und will mittels eines indirekten Gegenvorschlags das Transplantationsgesetz ändern. Anders als die Initianten erachtet er eine enge Widerspruchslösung als ethisch unvertretbar. Er schlägt deshalb eine erweiterte Widerspruchslösung vor, welche den Angehörigen ein Mitspracherecht einräumt.

Zweierlei ist beim Vorschlag des Bundesrats allerdings kritisch zu betrachten:

- Es ist unzweifelhaft so, dass sich eine eng gefasste Widerspruchslösung ethisch komplexer präsentiert als eine erweiterte. Allerdings zeigt der Blick ins Ausland auch, dass alle Länder mit einer engen Widerspruchslösung diese in der Praxis offener – also erweiterter – gestalten.
- Im vorliegenden Bericht wird geschrieben, dass in der Schweiz heute viele Spenden durch die Ablehnung der Angehörigen verloren gehen. Doch genau dieses Mitspracherecht der Angehörigen wird mit dem indirekten Gegenvorschlag beibehalten. Es ist äusserst fraglich, ob das zielführend ist.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Landolt
Parteipräsident BDP Schweiz



Astrid Bärtschi
Generalsekretärin BDP Schweiz